

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 21.04.2010, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Festsetzung der Realsteuerhebesätze ab dem Jahr 2011
Vorlage: 148/2010
- 3 . Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Projekten der Stadtplanung und Vorstellung des Büros BKR Aachen, Castro & Hinzen (Stadtplaner, Umweltplaner)
Vorlage: 078/2010
- 4 . 61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche am Ortsrand Immendorfs, südöstlich der Ringstraße, südwestlich des Sportplatzes und nordöstlich der Umgehungsstraße B 56
Beratung über die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Entwurfes der Flächennutzungsplanänderung zur Offenlage und zur Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 108/2010
- 5 . 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Süggerath, zwischen der Bahnlinie Aachen-Düsseldorf, den Straßen Auf dem Tecker und Auf der Zömm
Beratung über die während der Offenlage und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Bebauungsplanänderung als Satzung
Vorlage: 109/2010
- 6 . Vorstellung der Planung zum Endausbau "Auf dem Tecker / Hahnrather Busch"
Vorlage: 111/2010
- 7 . Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zur dorfgerechten Neugestaltung der Feigengasse in Prummern
Vorlage: 122/2010
- 8 . Wiederwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 129/2010
- 9 . Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft

- Verabschiedung des Vorentwurfes zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 140/2010

- 10 . Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 88 der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 141/2010
- 11 . Unterrichtung des Rates über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichts der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) vom 14.12.2009 über die überörtliche Prüfung der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 153/2010
- 12 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 13 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Dr. Stefan Evertz
11. Toska Frohn
12. Johann Graf
13. Theresia Hensen
14. Dipl. Ing. Johannes Henßen
15. Rainer Jansen
16. Gabriele Kals-Deußen
17. Michael Kappes
18. Dipl. Ing. Stefan Kassel
19. Wilfried Kleinen
20. Heinz Kohnen
21. Christian Kravanja
22. Leonhard Kuhn
23. Gerd Latour
24. Markus Melchers
25. Manfred Mingers

26. Dr. Joachim Möhring
27. Uwe Neudeck
28. Hans-Josef Paulus
29. Manfred Schumacher
30. Barbara Slupik
31. Kurt Sybertz
32. Raimund Tartler
33. Ruth Thelen
34. Marlis Tings
35. Dipl.-Ing. Harald Volles
36. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

37. Beigeordneter Hans Hausmann
38. Beigeordneter Herbert Brunen
39. Heinrich Gemünd
40. Franz Willems

Protokollführerin

41. Tina Offermanns

Es fehlten:

42. Horst-Eberhard Hoffmann
43. Karin Hoffmann
44. Manfred Solenski

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die Ratsmitglieder, Zuschauer, Herrn Prof. Castro und die Vertreter der Presse. Er erinnerte daran, dass der heutige Abend ganz im Zeichen des Fußballs stehe; zum einen in der Nachbarstadt Aachen aufgrund der zu treffenden Entscheidung in Bezug auf Al-lemania und zum anderen durch das Spiel der Champions League. Er teilte mit, dass der Stadtverordnete Solenski und die Stadtverordneten Hoffmann für die heutige Sitzung entschuldigt seien. Herr Solenski sei erkrankt und das Ehepaar Hoffmann aufgrund der Aschewolke am Rückflug aus dem Urlaub gehindert. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Einwendungen gegen die letzte Niederschrift wurden nicht erhoben. Ferner teilte Bürgermeister Fiedler mit, dass TOP 14.8 aufgrund der Rücknahme des Antrags der Interessenten abgesetzt werde. Außerdem schlage er vor, auch TOP 15.1 von der Tagesordnung zu nehmen. Eine ausführliche Begründung werde er zu Anfang des nichtöffentlichen Teils geben. Die Stadtverordneten stimmten den Vorschlägen des Bürgermeisters zu.

Bürgermeister Fiedler teilte zu Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung mit, dass der Punkt 15.1 nach einhelliger Meinung aller Fraktionen aufgehoben worden sei. Keine Fraktion sei grundsätzlich gegen den Bau der Turnhalle in Gillrath. Vielmehr gäben die Beschlüsse aus dem Umwelt- und Bauausschuss und dem Rat nicht die aktuelle Situation wider. Eine geänderte Konzeption sehe den Beitrag von Eigenleistungen zum Bau der Turnhalle vor. Daher solle der Beschluss über diese Angele-

genheit auf die erste Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses bzw. die erste Sitzung des Rates nach der Sommerpause verlegt werden.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die Verwaltung im Bemühen um ein besonders wirtschaftliches Fuhrparkmanagement folgende Änderungen im Fuhrpark vorgenommen habe:

- Das Dienstfahrzeug des Bürgermeisters und des Verwaltungsvorstandes werde durch ein Leasingfahrzeug der Firma Daimler ersetzt, das ab dem 03.05.2010 zum Einsatz komme. Der Leasingvertrag mit sehr günstigen Raten sei durch das RPA geprüft worden und als laufendes Geschäft der Verwaltung abgeschlossen worden. Er gelte für ein Jahr.
- Das bisherige Dienstfahrzeug, ebenfalls ein Fahrzeug der gehobenen Mittelklasse mit ca. 10 Betriebsjahren sei mehreren Kfz-Händlern zum Eintausch gegen ein anderes Fabrikat angeboten worden, um das eingetauschte Fahrzeug als Dienstfahrzeug für Dienstfahrten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen. Dieser Verfahrensweg – Eintausch – sei von der Kämmerei als der haushalterisch am besten zu vertretende Weg definiert worden. Die Eintauchangebote, die der Stadt vorgelegt worden seien, hätten jedoch zu einer nicht unbeträchtlichen Verschlechterung der Fuhrparkqualität geführt. Die Verwaltung habe erkannt, dass ein Weiterbetrieb des aktuellen Dienstfahrzeugs zum Nutzen der gesamten Belegschaft der wirtschaftlichste Weg sei. Das Fahrzeug verbleibe deshalb im Bestand.
- Durch diese Regelung könne dem Ordnungsamt ein dort seit langem dringend benötigtes Großraumfahrzeug (Caddy) aus dem Bestand des Fuhrparks zur Verfügung gestellt werden, das bisher für allgemeine Transportzwecke bzw. Dienstfahrten benutzt worden sei. Die eigentlich dringend notwendige Beschaffung eines Fahrzeuges für das Ordnungsamt werde damit hinfällig.

Die Stadtverwaltung werde also in Zukunft zwei Fahrzeuge einer Premiummarke im Fuhrpark haben. Sorgfältige Berechnungen hätten ergeben, dass der hier aufgezeigte Weg der wirtschaftlichste sei. Mit dieser Mitteilung wolle er eventuellen Interpretationen in der Öffentlichkeit vorbeugen, die Stadt würde durch den Betrieb von zwei Fahrzeugen der gehobenen Mittelklasse haushalterisch unvernünftig vorgehen. Das Gegenteil sei der Fall.

b) Weiter erklärte er, dass wie vermutlich alle wüssten, in der Zeit vom 11.06. – 11.07. in diesem Jahr die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika stattfinde. Die Verwaltung werde alle 64 Spiele dieses Ereignisses auf einer ca. 8 m² großen Großbildleinwand live auf dem Marktplatz übertragen. Zu diesem Zwecke habe man einen Projektionswürfel beschafft, der auch künftig für die verschiedensten visuellen Vorführungen, z.B. Kinonächte und Filmvorführungen sowohl in geschlossenen Räumen als auch im Freien, zum Einsatz kommen werde. Der Würfel werde – man habe es kurzfristig erfahren – am morgigen Donnerstag bereits geliefert und probeweise auf dem Marktplatz aufgestellt. Zu diesem Zwecke habe man für 13.30 Uhr die Presse

sowie die Sponsoren eingeladen. Interessierte Ratsmitglieder seien ebenso herzlich willkommen.

TOP 2 Festsetzung der Realsteuerhebesätze ab dem Jahr 2011 Vorlage: 148/2010

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die CDU Fraktion der Festsetzung der Realsteuerhebesätze nicht zustimmen werde. Diese Überlegung hätte vor Ausführung des Haushalts überdacht werden müssen. Darüber hinaus sei die Gewerbesteuer in Geilenkirchen geringer als in anderen Kommunen eingebrochen, was dem niedrigen Satz zu verdanken sei. Bevor über Steuererhöhungen nachgedacht werde, müssten seines Erachtens alle anderen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft sein. Eine Steuererhöhung sei die letzte Alternative.

Stadtverordneter Benden warf der CDU vor, nicht angekommen zu sein. Die Gewerbesteuersenkung sei damals aus der Hüfte geschossen worden und auch in diesem Jahr habe die CDU in den Haushaltsberatungen keine Einsparmöglichkeiten vorgeschlagen. Er sei erfreut über den Vorschlag der Erhöhung. Zudem habe das Gewerbe bis 01/2011 genügend Vorlaufzeit sich auf die Veränderung einzustellen. Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu haben, müsste diese Maßnahme getroffen werden.

Stadtverordnete Kals-Deußen stimmte zu, dass keine andere Möglichkeit zur Genehmigung des Haushaltes bestehe und die SPD Fraktion der Erhöhung der Hebesätze zustimme.

Stadtverordneter Kravanja erläuterte, dass die Bürgerliste dem Vorschlag der Erhöhung der fiktiven Realsteuerhebesätze zustimmen werde. Schon in den Haushaltsdebatten sei man von notwendigen Einschnitten ausgegangen, wenn sich an der Situation in Geilenkirchen nicht etwas dramatisch ändere. Jetzt müsse ein Haushalt aufgestellt werden, der Handlungsfähigkeit gewährleiste. Auch im Sinne der Unternehmen, die mit einem halben Jahr Vorlaufzeit die Steuererhöhung einplanen könnten, müsse jetzt eine Entscheidung getroffen werden.

Stadtverordnete Frohn warf ein, dass die FDP Fraktion die Steuersenkung in der vergangenen Legislaturperiode begrüßt habe. Nun müsse man aber seiner Vernunft folgen und der Erhöhung zustimmen.

Stadtverordneter Mingers bemängelte, dass die Erhöhung der Realsteuerhebesätze im nächsten Jahr seines Erachtens zu spät erfolge. Aber dies sei besser als nie.

Bürgermeister Fiedler erwähnte, dass die Vorlage der Verwaltung eine Reaktion auf eine Forderung der Kommunalaufsicht sei. Diese benötige zur Genehmigung des Haushaltes einen belastbaren Nachweis für Mehreinnahmen aus der erhöhten Gewerbesteuer und dies sei nur durch den heutigen Ratsbeschluss möglich.

Stadtverwaltungsrat Gemünd ergänzte, dass der Kommunalaufsicht bzw. in diesem Falle der Bezirksregierung aufgrund abweichender Einnahmen eine belastbare Finanzplanung vorgelegt werden musste. Daher müssten für das Jahr 2011 die fiktiven

Realsteuerhebesätze erhöht werden. Andernfalls würde die Stadt Geilenkirchen schon in diesem Jahr die Voraussetzungen für ein Haushaltssicherungskonzept erfüllen.

Stadtverordneter Wolff erwiderte, dass der Rat der Stadt dank des demokratischen Systems unabhängig von Forderungen der Kommunalaufsicht Beschlüsse fassen könne und das Abstimmungsergebnis nicht erzwungen werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Geilenkirchen in der folgenden Fassung mehrheitlich:

**Satzung
über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Geilenkirchen**

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950), des § 25 Grundsteuergesetz vom 07. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) und des § 16 Gewerbesteuer-gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3950) hat der Rat der Stadt Geilenkirchen in seiner Sitzung am folgende Hebesatzsatzung beschlossen:

**§ 1
Grundsteuer**

Die Hebesätze für die Grundsteuern werden wie folgt festgesetzt:
1. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 240 v.H.
2. für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 381 v.H.

**§ 2
Gewerbsteuer**

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird auf 403 v.H. festgesetzt.

**§ 3
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2011 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 19 |
| Nein: | 15 |
| Enthaltung: | 2 |

**TOP 3 Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Projekten der Stadtplanung und Vorstellung des Büros BKR Aachen, Castro & Hinzen (Stadtplaner, Umweltplaner)
Vorlage: 078/2010**

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass viele der Presse entnommen hätten, dass die Stadt sich vom Planungsbüro MWM aus Aachen trenne. Er wolle an dieser Stelle betonen, dass die Stadt jahrelang vertrauensvoll und gut mit dem Büro zusammengearbeitet habe und auch weitere Projekte, wie das Leerstandsmanagement, weiterhin mit MWM abwickle. Es gehe nun um die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes und hierfür sei das Büro BKR aus Aachen prädestiniert. Das Büro sei ihm aus seiner Zeit in Aachen noch in bester Erinnerung und Prof. Dietmar Castro werde gleich das Büro und dessen Arbeit vorstellen.

Stadtverordneter Wolff zeigte sich über die Vorgehensweise in Bezug auf die Planungsbüros verärgert. Es zeuge von schlechtem Stil, wenn man aus der Presse über die Trennung vom Büro MWM erfahre. Natürlich stehe dem Bürgermeister zu, eventuell in Frage kommende Planungsbüros zu sondieren und sich mit ihnen zu unterhalten. Doch dass man aus dem Radio erfahre, dass nun das Büro Castro das Büro MWM ablöse sei schlichtweg schlechter Stil. Zudem halte er für falsch zu behaupten, dass keine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Es habe vor der Umgestaltung der Innenstadt acht städtische Veranstaltungen gegeben. Es seien Einzelhändler und Passanten intensiv befragt worden. Man habe den Bürgerwillen nicht ignoriert. Vielleicht seien manchmal falsche Akzente gesetzt worden; doch daraus habe man auch gelernt und dies könne beim zweiten Abschnitt natürlich besser gemacht werden.

Stadtverordnete Kals-Deußen erklärte, dass sie aus Respekt vor dem Büro Castro & Hinzen zu den Ausführungen des Stadtverordneten Wolff nichts ausführen werde. Der SPD sei bewusst, dass sie nicht die Hüterin der Bürgerbeteiligung sei. Dennoch lege das Bündnis nun vermehrt Wert darauf, dass die Bürger früh beteiligt würden und alle die Möglichkeit zur Stellungnahme hätten.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass das Büro MWM vieles richtig gemacht habe und die schlechte Stimmung in der Presse aus seiner Sicht nicht gerechtfertigt gewesen sei. Die schlechte Bewertung habe das Büro nicht verdient. Indes freue er sich, dass man beim Integrierten Handlungskonzept weiter komme und er hoffe, dass die CDU auch mit stimmen werde. Die sicherlich gute Arbeit werde durch das neue Büro fortgesetzt. Er ziehe zum Büro MWM das Fazit, dass die Schläge nicht in allen Teilen gerechtfertigt gewesen seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, gab Bürgermeister Fiedler Herrn Prof. Castro die Gelegenheit das Büro BKR Aachen und dessen bisherigen Tätigkeitsfelder und Arbeitsweisen vorzustellen. Die ausgedruckte Power Point Präsentation ist in der **Anlage** beigefügt.

Nach der Präsentation zeigte sich Stadtverordneter Kravanja erfreut über die Gelegenheit, die Präsentation zum zweiten Mal zu hören. Die Bürgerliste sei überzeugt, dass das Büro BKR neue Impulse für die Innenstadtgestaltung geben könne und eine bessere Bürgerbeteiligung als früher biete. Die Fortschreibung des alten Konzept-

tes mit neuen, zeitgemäßen Ideen und einer erhöhten Bürgernähe halte er für äußerst gelungen.

Stadtverordneter Benden meinte, dass er der hervorragenden Präsentation von Herrn Prof. Castro noch länger hätte zuhören können. Es sei der richtige Weg gewesen, das Büro BKR vorab kennen zu lernen und der Ansatz von Arbeitskreisen spreche den Grünen aus dem Herzen. Seit der Konzeptionierung des Integrierten Handlungskonzeptes im Jahr 2001 hätten sich einige Veränderungen ergeben. So seien die Grünen stolz auf die Pläne zur Bahnunterführung, die für das Jahr 2014 vorgesehen sei. Gerade die Bahnunterführung stelle für Planer eine Riesenherausforderung dar und mit dem Büro Castro & Hinzen habe man einen starken Partner an seiner Seite. Durch einen Schulterschluss des Büros mit den Bürgern und der Verwaltung stelle man die nächste Bauphase auf breite Füße. Das Büro BKR sei die richtige Wahl.

Stadtverordneter Schumacher stellte klar, dass die CDU Fraktion nicht das Büro BKR Aachen oder den Vortrag von Herrn Prof. Castro kritisiere. Es gehe darum, dass die Fraktion bei den bisherigen Aktionen und Entscheidungen außen vor gelassen worden sei. Er halte den Vortrag von Herrn Prof. Castro auch für in Ordnung und die CDU werde sicherlich auch positiv mit ihm zusammenarbeiten. An Bürgermeister Fiedler gewandt erkundigte er sich, wie teuer der Wechsel der Planungsbüros sei.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass der Wechsel für die Stadt kostenneutral sei.

Stadtverordnete Kals-Deußen bemerkte, dass die CDU Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode auch zahlreiche Entscheidungen ohne Beteiligung der Opposition getroffen habe. Das erste integrierte Handlungskonzept bestehe bereits neun Jahre. Nach so langer Zeit müsse einfach neu nachgedacht werden. Am Büro Castro & Hinzen gefalle ihrer Fraktion die intensive Bürgerbeteiligung, durch die weitere Impulse gewonnen werden könnten. Nur so bleibt Geilenkirchen lebenswert.

Bürgermeister Fiedler führte an dieser Stelle aus, dass der Name von Herrn Prof. Castro in einem interfraktionellen Gespräch gefallen sei und alle Fraktionen gleichzeitig davon erfahren hätten. Die Verwaltung habe sich beim weiteren Vorgehen bewusst heraus gehalten und er habe sich bewusst blind gestellt, als das Bündnis Herrn Prof. Castro zu einem Vortrag eingeladen habe. Jede Fraktion habe die Möglichkeit gehabt, sich ein ausführliches Bild vom Büro BKR zu machen.

Stadtverordneter Benden wunderte sich, warum der Stadtverordnete Wolff nicht sachlich bleiben könne. Es sei absolut legitim und vereinbar mit ernst genommener, verantwortungsbewusster Ratsarbeit, dass man das Planungsbüro kontaktiere, um den Planer besser kennen zu lernen. Die Chance hätte die CDU Fraktion vertan. Zudem könne er sich daran erinnern, dass er zahlreiche Entscheidungen der ehemaligen Mehrheitsfraktion aus der Zeitung erfahren habe. Interfraktionelle Gespräche hätten in der gesamten Legislaturperiode kaum stattgefunden.

Stadtverordneter Wolff stellte klar, dass sich auch die CDU Fraktion sehr wohl für das Büro Castro aussprechen könne. Bisher seien Planungsbüros immer in den Ausschüssen und später dann noch mal in den Ratssitzungen vorgestellt worden. Eine andere Verfahrensweise habe es in der Vergangenheit nicht gegeben. Seine Frakti-

on müsse sich nun in der Pause besprechen, wie sie im nichtöffentlichen Teil über die Vergaben abstimme. Grundsätzlich könne man nicht nach einem Vortrag ad hoc eine Entscheidung über eine so wichtige Sache wie das Integrierte Handlungskonzept treffen.

Bürgermeister Fiedler beendete die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Er dankte Herrn Prof. Castro für seinen Vortrag.

- TOP 4 61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche am Ortsrand Immendorfs, südöstlich der Ringstraße, südwestlich des Sportplatzes und nordöstlich der Umgehungsstraße B 56
Beratung über die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung des Entwurfes der Flächennutzungsplanänderung zur Offenlage und zur Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 108/2010**

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde entsprechend dem Abwägungsvorschlag befunden.

Der Entwurf der 61. Flächennutzungsplanänderung wurde zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 1 |
| Enthaltung: | 0 |

- TOP 5 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Süggerath, zwischen der Bahnlinie Aachen-Düsseldorf, den Straßen Auf dem Tecker und Auf der Zömm
Beratung über die während der Offenlage und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Bebauungsplanänderung als Satzung
Vorlage: 109/2010**

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wurde entsprechend dem Abwägungsvorschlag entschieden.

Die Bebauungsplanänderung wurde als Satzung verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 36 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 6 Vorstellung der Planung zum Endausbau "Auf dem Tecker / Hahn-
rather Busch"
Vorlage: 111/2010**

Beschluss:

Der Rat beschloss die Durchführung einer Einwohnerversammlung, zur Vorstellung und Erörterung der Entwurfsplanungen für die Oberflächengestaltung der Straßen Hahnrather Busch und Am Tecker im Stadtteil Sürgerath.

Für die Einwohnerversammlung benannten die Fraktionen folgende Teilnehmer:

CDU Stadtverordneter Dohlen
 Stadtverordneter Tartler
 Stadtverordneter Bales
 Stadtverordneter Kohnen

SPD Stadtverordneter Banzet
 Stadtverordneter Hoffmann

FDP Stadtverordneter Solenski

Freie Bürgerliste Stadtverordneter Kravanja

Bündnis 90/Die Grünen Stadtverordneter Volles

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 36 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 7 Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zur dorfgerechten
Neugestaltung der Feigengasse in Prummern
Vorlage: 122/2010**

(Stadtverordneter Mingers war nicht mehr anwesend)

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig die Durchführung einer Einwohnerversammlung.

Für die Einwohnerversammlung benannten die Fraktionen folgende Teilnehmer:

CDU Stadtverordneter Bales
Stadtverordneter Kappes
Stadtverordneter Dohlen
Stadtverordneter Kuhn

SPD Stadtverordnete Kals-Deußen
Stadtverordnete Hoffmann

FDP Stadtverordneter Solenski

Freie Bürgerliste Stadtverordneter Graf

Bündnis 90/Die Grünen Stadtverordneter Benden

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 8 Wiederwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 129/2010**

Beschluss:

Herr Deckers wurde als stellvertretender Vorsitzender des Umlegungsausschusses der Stadt Geilenkirchen vom Rat wiedergewählt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**TOP 9 Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft
- Verabschiedung des Vorentwurfes zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 140/2010**

Stadtverordneter Kravanja dankte für den Vorschlag der Verwaltung und den offenen Prozess der Entscheidungsfindung in Bezug auf die Windkraftanlagen. In beiden Dörfern sei die Thematik Windkraft ein sensibles Thema für die Bürger. Daher sei die Beteiligung der Bevölkerung sehr wichtig. Die Sorgen der Menschen müssten ernst genommen werden und eventuell könnten einige unbegründete Ängste genommen werden. Weiter fragte er nach, welcher Abstand zum Pferdehof in Lindern eingehalten werden müsse. In der Niederschrift des Ausschusses für Stadtentwicklung und

Wirtschaftsförderung sei lediglich die Rede davon, dass die Einhaltung einer 300 m Marke diskutiert worden sei.

Bürgermeister Fiedler verwies an den Experten des Büros MWM aus Aachen, der auch in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung für Nachfragen zur Verfügung stand.

Herr Moersheim erklärte, dass das Büro MWM die Entfernung von 300 m zum Pferdehof vorgeschlagen habe. Dieser Vorschlag sei unter anderem in der Ausschusssitzung diskutiert worden. Grundsätzlich sei ein Abstand von 300 m nicht schädlich für die Nutzung. Der Rat habe nun die Möglichkeit sofort über den Abstand zu entscheiden oder das Entwurfsstadium abzuwarten. Danach würden noch zwei Beteiligungsdurchgänge vorgenommen, in denen der Rat noch immer eine Entscheidung treffen könne.

Stadtverordneter Conrads teilte mit, dass er seine ablehnende Einstellung bereits in der Ausschusssitzung zum Ausdruck gebracht habe. Es müsse eine Entscheidung zwischen „Mensch“ oder „Windkraft“ getroffen werden und er spreche sich klar „für den Menschen“ aus. Die Interessen der Einwohner aus Baumen würden höher wiegen als die unternehmerischen Interessen an einer Windkraftanlage. Zudem sei Tripsrath landschaftlich nur bedingt zur Nutzung von Windkraft geeignet. Auch die Interessen der Pferdehofbetreiber würden seines Erachtens höher wiegen. Darüber hinaus habe sich die Untere Landschaftsbehörde bei einer früheren Anfrage massiv gegen den Standort Beeck/Lindern ausgesprochen. Dies werde heute nicht anders sein.

Stadtverordneter Kohnen erkundigte sich, ob der Abstand der Windkraftzone Tripsrath zum Ortskern von Hoven ebenfalls gemessen worden sei. Seines Erachtens liege dieser Ortskern in 800-900 m Entfernung, womit die Bewohner Hovens insbesondere bei Westwindverhältnissen massiv von der Windkraftanlage betroffen seien. Aufgrund dessen bat er um Einbeziehung der Einwohner Hovens bei der Bürgerbeteiligung.

Herr Moersheim erwiderte, dass die Radien von der Windkraftanlage nach Standardmaß gezogen worden seien. Die exakte Entfernung zum Ortskern Hoven habe er leider nicht im Kopf.

Stadtverordneter Wolff erläuterte, dass die CDU Fraktion den Standort Tripsrath für eine Windkraftanlage in Gänze ablehne. Für das Gebiet bei Beeck/Lindern habe man eine differenzierte Meinung. Er erkundigte sich, ob über die beiden Punkte separat abgestimmt werden könne. Dieser Frage schloss sich Stadtverordneter Paulus an.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass gemäß des Beschlussvorschlags aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in einem Paket über das Vorhaben abgestimmt werden solle. Eine getrennte Abstimmung sei nicht von Vorteil.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass es sicherlich niemanden verwundere, dass die Grünen Windkraftanlagen befürworten würden. Natürlich sei seine Fraktion auch „für Menschen“. Wenn man bedenke, dass die gewonnene Windkraft aus einer Anla-

ge den Strombedarf von 5000 Haushalten decken könne, sei das doch ein Argument für die Bevölkerung. Zudem spare eine Windkraftanlage 2000 Tonnen CO² Ausstoß pro Jahr. Der städtische Haushalt würde durch weitere Gewerbesteuereinnahmen entlastet, die ca. 40.000-50.000 € pro Anlage ausmache. Dies seien weitere Argumente „für die Menschen“. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sei ausgiebig über die Windkraftanlagen beraten worden. Natürlich wolle man gesetzliche Vorschriften einhalten und natürlich seien alle Bürger Geilenkirchens von den Vorhaben betroffen. Er habe jedoch das Vertrauen in Fachleute, das heute bestätigt worden sei.

Stadtverordneter Kravanja widersprach dem Stadtverordneten Conrads, dass seine Fraktion auch nicht gegen Bürger handeln wolle. Vielmehr handle es sich vorliegend um einen offenen Prozess, an dessen Fortschreiten alle Bürger aktiv mitarbeiten könnten und sich beteiligen könnten. Da es zum jetzigen Zeitpunkt auch noch eine offene Planung sei, müsse nicht separat abgestimmt werden. Einen ablehnenden Beschluss könne man zu einem späteren Zeitpunkt immer noch treffen.

Stadtverordneter Tartler teilte mit, dass er nach der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung zahlreiche Anrufe lindernder Bürger erhalten habe, die sich gegen die Installation einer Windkraftanlage ausgesprochen hätten und schon jetzt gegen die Pläne seien.

Stadtverordneter Paulus erkundigte sich erneut, was gegen eine getrennte Abstimmung über die beiden Teilpunkte des Tagesordnungspunktes spreche. Manche würden den einen Punkt befürworten und den anderen ablehnen und umgekehrt. Eine getrennte Abstimmung sei seines Erachtens für das Abstimmungsverhalten positiver.

Stadtverordneter Jansen hingegen plädierte für eine Abstimmung im Paket.

Bürgermeister Fiedler rief zur Abstimmung über den Vorschlag des Stadtverordneten Paulus auf.

Beschluss:

Mit zwei Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen lehnte der Rat eine getrennte Abstimmung über den Tagesordnungspunkt ab.

Stadtverordneter Conrads meinte, dass eine alleinige Stromversorgung über Windenergie nicht ausreiche. In diesem Winter hätte man aufgrund der Kälte und Windstille in einem solchen Fall ein Problem gehabt. Eine gewisse Redundanz sollte gegeben sein. Zudem müssten Nutzer regenerativer Energie auch entsprechende Gebühren zahlen.

Bürgermeister Fiedler unterbrach die neu aufbrandende Diskussion. Zum Austausch weiterer Argumente bliebe genügend Zeit. Er rief zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt auf.

Mit 14 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 20 Ja-Stimmen verabschiedete der Rat der Stadt den Vorentwurf des sachlichen Teilflächennutzungsplanes Windkraft zur früh-

zeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Im Anschluss an die Beschlussfassung teilte Bürgermeister Fiedler mit, dass die Verwaltung für den 04.05.2010 eine Einwohnerversammlung in der Aula der Gesamtschule plane.

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass am 04.05. leider eine große Parteiveranstaltung der CDU mit externen geladenen Gästen stattfindet. Er fragte, ob der Termin der Einwohnerversammlung eventuell verschoben werden könne.

Stadtverordneter Sybertz schloss sich an, dass ein Termin vor der Landtagswahl sicherlich für alle Parteien ungünstig sei. Er schlug vor, die Einwohnerversammlung in der Woche nach der Wahl durchzuführen.

Bürgermeister Fiedler willigte ein, den Fraktionen schnellstmöglich nach Abstimmung mit der Gesamtschule einen anderen Termin mitzuteilen. Dennoch rief er zur Benennung der Personen zur Teilnahme an der Einwohnerversammlung auf:

CDU Stadtverordneter Kuhn
Stadtverordneter Conrads
Stadtverordneter Tartler
Stadtverordnete Slupik

SPD Stadtverordneter Sybertz
Stadtverordneter Dr. Möhring

FDP Stadtverordneter Melchers

Freie Bürgerliste Stadtverordneter Kravanja

Bündnis 90/Die Grünen Stadtverordneter Dr. Evertz

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 14 |
| Nein: | 20 |
| Enthaltung: | 1 |

TOP 10 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 88 der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 141/2010

Bürgermeister Fiedler führte aus, dass dieser Punkt bereits ausführlich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung diskutiert worden sei. Insbesondere sei die Frage behandelt worden, wie eine Mobilfunkantenne vermieden werden könne. Die Verwaltung mache nach eingehender Recherche den Vorschlag, den Beschluss auf eine Befreiung für Richtfunkantennen zu beschränken. Darüber hinaus könne die Stadt in Bezug auf Mobilfunkantennen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Firma CSB schließen.

Stadtverordneter Conrads hinterfragte, ob über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag seitens der CSB System AG auf ein eigentlich zustehendes Recht verzichtet werden könne.

I. Stadtbeigeordnete Hausmann erwiderte, dass zum einen die Befreiung im Beschluss des Rates auf Richtfunkantennen beschränkt werde. Zum anderen habe man die Gültigkeit eines oben beschriebenen öffentlichen Vertrags mit einem Juristen besprochen, der den Vertrag als rechtlich einwandfrei einstufte. Eine weitere Möglichkeit sei die Änderung des Bebauungsplanes, um Mobilfunk auszuschließen. Dies sei jedoch ein aufwendiges Verfahren.

Stadtverordneter Sybertz machte darauf aufmerksam, dass in der Niederschrift des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung von einer „Abpflanzung“ an der Antenne zwecks Sichtschutzes die Rede sei. Er bat um Korrektur, dass es sich sicherlich nur um eine „Anpflanzung“ handeln könne.

Stadtverordneter Benden dankte der Verwaltung, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Firma CSB gehandelt zu haben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss einstimmig, dem Antrag auf Befreiung zur Errichtung einer Richtfunkantenne zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|----|
| Ja: | 35 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

TOP 11 Unterrichtung des Rates über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichts der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) vom 14.12.2009 über die überörtliche Prüfung der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 153/2010

Unter Bezugnahme auf die Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss erkundigte sich Stadtverordneter Sybertz, ob die Verwaltung bei der Frage der Bezuschussung einer 25%-Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft bzw. für eine 50%-Stelle unter Einbeziehung der Aufgaben im Seniorenbereich neue Informationen habe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass er in dieser Angelegenheit morgen um 08:00 Uhr einen Termin habe.

Stadtbeigeordneter Brunen ergänzte, dass die Zielsetzung die Einrichtung einer halben befristeten Stelle zur Fortschreibung der Sozialraumanalyse sowie für die mobile Jugendsozialarbeit sei. In der Sache würden weitere Gespräche laufen. Eine Bezuschussung sei nur bei konkreten Projekten möglich, d.h. zu diesem Zeitpunkt könne noch keine Bezuschussung beantragt werden.

Der Rat nahm den wesentlichen Inhalt des Prüfberichts der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) vom 14.12.2009 über die überörtliche Prüfung der Stadt Geilenkirchen zur Kenntnis.

TOP 12 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

a) Stadtverordnete Hensen erkundigte sich, ob es von Geilenkirchener Seite neue Gespräche zum Ausbau der L 42 auf niederländischer Seite gegeben habe.

Bürgermeister Fiedler versicherte, dass die Stadt Geilenkirchen keine Gespräche mit niederländischen Behörden geführt habe. In der vergangenen Woche sei ein Planungsbüro aus Landgraaf auf die Verwaltung zugekommen. Das Büro habe die Situierung einer Abfahrt untersucht und einen Linienverlauf skizziert. Dies habe die Verwaltung zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus liege der Verwaltung eine ausführliche Verkehrsanalyse zur Inaugenscheinnahme vor. Außerdem habe die Gemeinde Landgraaf um ein Gespräch gebeten. Ihm sei die Problematik jedoch bekannt und er behandle das Thema mit großer Vorsicht. Die Berichterstattung des Limburgse Daagblatt über die Thematik sei ihm bekannt. Daher habe er auf seiner morgigen Telefonliste auch ein Gespräch mit einer Redakteurin der Zeitung. Offiziell habe die Stadt keine Stellungnahme zu den Plänen der Niederländer abgegeben; dies werde er der Zeitung gegenüber nochmals deutlich zum Ausdruck bringen.

b) Auf Nachfrage des Stadtverordneten Tartler erklärte I. Stadtbeigeordneter Hausmann, dass Montag in der Verwaltungsvorstandsrunde ein Termin für die Einwohnerversammlung zum Ausbau der Straßen Oberste Hof/Frankenstraße/Weidengracht festgelegt werde. Wegen des Bahnübergangs in Lindern führe die Verwaltung in Kürze Gespräche mit der Bahn.

c) Stadtverordneter Kappes erkundigte sich, welche Maßnahmen zur Entschärfung des Kreuzungsbereichs Immendorf/Puffendorf vorgesehen seien und wie die Ortsdurchfahrt Würm entlastet werden könne.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann erläuterte, dass es sich bei den Straßen um Kreisstraßen handle. Bis zur Fertigstellung der B 57n müsse mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen an der besagten Kreuzung von bis zu 4.500 Fahrzeugen pro Tag gerechnet werden. Der Kreis sei über das Problem informiert. In diesem Zusammenhang seien auch die Ortsumgehung Lindern und der Neubau der L 228 zu sehen. Nächste Woche sei zu der Thematik ein Gespräch mit dem Kreis angesetzt, der als Entscheidungsträger die Situation verbessern könne.

d) Stadtverordneter Kuhn kam auf die Frage nach dem Bahnübergang in Lindern zurück und erkundigte sich, ob zur Verminderung der Schließzeiten eine andere Straßenführung vorgenommen werden könne.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann entgegnete, dass er diese Frage derzeit nicht beantworten könne. Tatsache sei, dass der Bahnübergang in Lindern in zwölf Stunden für fünfeinhalb gesperrt sei. Maßnahmen zur Behebung dieser Situation hätten nach ersten Schätzungen eines Planungsbüros 100.000 € gekostet; das Büro habe seine Schätzung aber mittlerweile auf 200.000 € Kosten erhöht. Man beschäftige sich in-

tensiv mit der Thematik bspw. auch mit einer Einbahnstraßenregelung, die die Schließzeiten eventuell auch verkürzen würde.

Stadtverordneter Kuhn wies darauf hin, dass die Problematik der Schließzeiten noch gravierender sei. Der Ausbau der K 24n oder L 364 sei zur Entlastung der Verkehrssituation in den Dörfern Leiffarth, Lindern und Würm dringend.

I. Stadtbeigeordneter Hausmann pflichtete bei, dass der Ausbau der Straßen wünschenswert sei. Aber Straßenplanung und – bau seien in Deutschland ein Problem. Hierüber seien seitens der Stadt bereits Gespräche mit dem Landesamt für Straßenbau in Mönchengladbach geführt worden. Mit einem Planungszeitraum von fünf Jahren müsse aber in jedem Fall gerechnet werden.

Hinzu komme der für das Jahr 2012 geplante Ausbau des Bahnhofs in Lindern, für den an der Bahntrasse schon Gehölz abgeholzt worden sei.

TOP 13 Fragestunde für Einwohner

a) Herr Lindner aus Geilenkirchen fragte nach, ob die Stadt Geilenkirchen einen Bürgerbeauftragten eingesetzt habe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass es diese Funktion bei der Stadtverwaltung nicht gebe. Natürlich könne auf Antrag darüber in einer der nächsten Sitzungen debattiert werden bzw. das Thema aufgegriffen werden.

Sitzung endet um: 20:46

Bürgermeister Fiedler dankte den Anwesenden für die rege Beteiligung und die zahlreichen Beiträge und wünschte allen einen angenehmen Abend.

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Offermanns